

Interview: Landrätin Sabine Röhl setzt auf die Tunnel-Lösung

Die Diskussion um die B 271 spaltet nach wie vor Teile des Landkreises. Heute entscheidet das Oberverwaltungsgericht in Koblenz über die Klagen der Pro-Ost-Initiative, der Gemeinde Kleinkarlbach sowie des Kleinkarlbacher Winzers Gabel-Müller. Unsere Redakteurin Dagmar Schindler-Nickel hat darüber mit Landrätin Sabine Röhl gesprochen.

Frau Röhl, die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts in Koblenz zur Kirchheimer Westumgehung steht heute an. Wie stehen Sie zu dem Verfahren?

Als Juristin finde ich so ein Verfahren legitim. Jeder hat das Recht dazu, gegen ein Bauvorhaben gerichtlich vorzugehen. Eine solche Planung muss einer juristischen Überprüfung schließlich standhalten können. Wenn es positiv für die Planung des Landesbetriebes ausfällt, und davon gehe ich aus, dann werden sich dabei auch manche Einwände gegen die weiteren Bauabschnitte in Bad Dürkheim und Herxheim am Berg erledigt haben.

Falls die Kläger wirklich unterliegen, haben Sie dann auch noch Verständnis für einen Gang vor das Bundesverwaltungsgericht?

Nein, wenn die Begründung des Gerichts stichhaltig und die Planung wasserdicht ist, dann sollte die Initiative Pro Ost die Klagen beenden und ihren Frieden mit der Straße



„Vor Ort muss Einigkeit bestehen, sonst bekommen wir keine Mittel vom Bund bewilligt“: Landrätin Sabine Röhl appelliert an die Solidarität der Gemeinden untereinander.

ARCHIVFOTO: FRANCK

machen, damit die Anwohner auch möglichst bald vom Verkehr entlastet werden.

Die Gemeinde Kleinkarlbach fürchtet, dass die Westumgehung mehr Verkehr für den Ort bedeutet. Wie sehen Sie dieses Problem?

Man kann diese Ängste natürlich verstehen, jedoch muss ich als

Landrätin an die Solidarität der Gemeinden untereinander appellieren. Kirchheim wurde über Jahrzehnte durch Verkehr belastet, der mitten durch den Ort fährt. Hier sollte Kleinkarlbach zugunsten der Nachbargemeinde den Bau der Umgehungsstraße akzeptieren, die ohnehin nicht auf Kleinkarlbacher Gemarkung verläuft. Außerdem muss

man erst einmal beobachten, wie sich die Verkehrsflüsse tatsächlich verändern. Wenn sich herausstellen sollte, dass sich das Verkehrsaufkommen in Kleinkarlbach tatsächlich stark erhöht, muss man im Nachhinein darüber nachdenken, gegensteuernde Maßnahmen zu treffen.

Was könnte das sein?

Möglich wären bauliche Veränderungen an den Ortseingängen, um die Geschwindigkeit zu drosseln. Jedoch glaube ich nicht, dass Kleinkarlbach wirklich so stark beeinflusst wird, wie dort befürchtet wird. Es wird ja an einem ganzen Maßnahmenpaket gestrickt, um die Gemeinden vom Verkehr zu entlasten. Dazu gehört auch das gerade im Bau befindliche Ohr an der Auffahrt zur A 6 in Grünstadt.

Trotzdem brodeln der alte Streit um West oder Ost immer weiter. Die Redaktion sieht das an den Leserbriefen, die sie anlässlich der Serie „Leben an der Weinstraße“ zu dem Thema erhalten hat.

Streit vor Ort wäre aber ein falsches Signal Richtung Bund. Vor Ort muss Einigkeit bestehen, sonst bekommen wir keine Mittel bewilligt, schon gar keine Mehrkosten für den Bau eines Tunnels bei Herxheim am Berg. Ich bin aber zuversichtlich, dass auch die Pro-Ost-Initiative das einsehen wird, schließlich hat sich die Initiative un-

ter anderem immer gegen den Brückenbau bei Herxheim und die Weiterführung im Westen stark gemacht. Alle Bundestagsabgeordneten der Pfalz werden sich jedenfalls für eine Tunnellösung einsetzen. Dabei wird es nach meiner Schätzung um Mehrkosten in Höhe von zirka 5,5 Millionen Euro gehen. Natürlich ist Norbert Schindler als Wahlkreisabgeordneter besonders gefragt. Ich werde ihn auch begleiten, wenn er sich im Bundesverkehrsministerium für den Tunnelbau einsetzen wird.

Angenommen, die Planfeststellung für die Westumgehung Kirchheim bekommt heute den gerichtlichen „Segen“. Wie schnell könnten dann die beiden anderen Bauabschnitte verwirklicht werden?

In Kirchheim könnte es dann in etwa eineinhalb Jahren mit dem Bau losgehen, der dann in drei Jahren fertig sein könnte. Parallel dazu wird dann der zweite Bauabschnitt rund um Bad Dürkheim angegangen, hier könnte man in vier Jahren anfangen. Mit dem dritten Bauabschnitt in Herxheim könnte anschließend begonnen werden. Wir müssen uns dabei natürlich immer wieder vergewissern, dass die Straße im vordringlichen Bedarf bleibt und der Bund die Mittel dafür freigibt. Ich habe aber keinerlei Hinweise darauf, dass das gefährdet sein könnte. Deshalb ist es wichtig, dass wir vor Ort nicht weiter streiten.